

LANDTAGS NACHRICHTEN

12. November

8 / 2014

www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zum Start des neuen Schuljahres +++ Rettungsdienstgesetz +++ Kennzeichnungspflicht für Polizisten?
+++ Neuordnung Länderfinanzausgleich +++ Klagerecht für Tierschutzverbände? +++ Ausschreibung Umweltpreis
des Landtages +++ Archäologische Funde im Schloss-Innenhof +++ Eröffnung der Silberkammer



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Spätherbst am Schweriner Schloss

3	GASTKOLUMNE	Claus Tantzen (NDR) zur Privatisierung der LPG
4 – 12	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Erfolgreicher Schulstart 2014/2015“
6 – 11	Berichte	Umwandlung von LPG in Rechtsformen der Bundesrepublik Erste Lesung zur Novellierung des Rettungsdienstgesetzes Jahresberichte 2013 von Petitionsausschuss und Bürgerbeauftragtem Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte bei Großsätzen Beteiligung der Länderparlamente und Kommunen bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
12	Pro & Kontra	Klagerecht für Tierschutzverbände?
13 – 14	Weitere Beschlüsse	Unterrichtung zur Präsidentenkonferenz der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates in Hamburg Gerichtsstrukturgesetz (Gesetzentwurf Linke und Grüne) Architekten- und Ingenieurgesetz Sozialhilfefinanzierungsgesetz Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz Kirchensteuergesetz Asylpolitik Immunitätsangelegenheiten
15 – 17	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Energieausschuss:</i> Gemeinsame Sitzung mit dem Sejmik Westpommern zu Energiefragen <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Ostsee-Tourismusforum in Karlskrona EU-Ausschuss der Regionen (TTIP) <i>Enquete-Kommission:</i> Vorstellung von Teil A des Gutachtens „Gesundheit und Pflege“ <i>Agrarausschuss:</i> Umweltpreis des Landtages – Ausschreibung zum Thema „Initiativen zum Schutz und zur Entwicklung von Gewässern als Habitat und natürliche Ressource“
18 – 19	SCHLOSSGESCHICHTEN	Baustelle Schloss: Ausgrabungen im Schloss-Innenhof Eröffnung der Silberkammer im Schlossmuseum
20	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Arithmetik der Geschichte

Zur Debatte um die gescheiterten
LPG-Umwandlungen

Was haben IM „Mike König“ alias Michael Thomalla und Landwirtschaftsminister Till Backhaus gemeinsam? Nichts – und doch eine Menge. Mancher wird diesen Vergleich für unredlich halten, deshalb muss er erklärt werden.

Fast 25 Jahre stand der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages Michael Thomalla an der Spitze des kommunalen Spitzenverbandes. Dann stellte sich heraus, all die Jahre hatte er seinen Arbeitgeber belogen. Denn Thomalla hatte zu Beginn seiner Anstellung schriftlich erklärt, nie für die Stasi gearbeitet zu haben. Wahr ist: Sechs Jahre lang hatte er von 1983 bis 89 als IM Mike König seine damaligen Parteifreunde von der LDPD – und nicht nur die – bespitzelt. Was seien denn sechs fehlerhafte Jahre gegen fast ein Vierteljahrhundert guter Leistungen für den Städtetag, fragte Thomalla, als seine Vorgeschichte aufgeflogen war. Das leitet über zur Geschichte der LPG-Umwandlungen in den Jahren 1990 bis Ende 1991.

Rund 4.000 landwirtschaftliche Betriebe sollten nach der Wende privatisiert werden. Regeln sollte dies das Landwirtschaftsanpassungsgesetz. Das war ein gutes Gesetz, denn erstmals in der Geschichte sollte deutscher Boden friedlich neu verteilt werden. Mitgewirkt an diesem bahnbrechenden Gesetz hat auch Till Backhaus, der sich dieser Tatsache in der Debatte um gescheiterte LPG-Umwandlungen rühmt. Was er allerdings verschweigt: Das Gesetz war von Anfang an umstritten und wurde bis 1996 viermal geändert, weil es lückenhaft war. So war es für die ausscheidenden LPG-Mitglieder unter anderem nahezu unmöglich zu erkennen, welche Abfindungen ihnen zustanden. Mehr als 200 Verfahren gingen bis vor den Bundesgerichtshof. Ein Großteil der Streitigkeiten wurde außergerichtlich beigelegt – zu wessen Gunsten? Ende der 90er-Jahre fragte sich daher die Deutsche Forschungsgesellschaft, ob es bei den LPG-Umwandlungen massenhaft zu Rechtsverstößen gekommen war. Drei Jahre lang forschte Prof. Dr. Walter Bayer von der Uni Jena an dem Thema und kam zu dem erschreckenden Ergebnis, dass Ungereimtheiten eher die Regel als die Ausnahme waren. Ob aus betrügerischer Absicht oder Überforderung der damaligen Registergerichte – 189 der Umwandlungen waren nach Meinung des Gutachters unwirksam. Das ist eine Fehlerquote von mehr als zehn Prozent.



Foto: privat

Claus Tantzen verbrachte einen Großteil seiner Jugend auf dem Bauernhof seines Onkels, der mit knapp 30 Hektar der durchschnittlichen Größe der landwirtschaftlichen Betriebe in Westdeutschland vor der Wende entsprach. Seit 2007 ist Claus Tantzen Mitglied der landespolitischen Redaktion des NDR in Schwerin.

Allein in Mecklenburg-Vorpommern liegt die Fehlerquote laut Gutachten mit 46 Betrieben bei rund 15 Prozent. Bayer ist demnach überzeugt, dass sich die LPG-Nachfolger in der Regel auf Kosten der ausscheidenden LPG-Mitglieder zu Unrecht bereichert haben.

Soll man 25 Jahre nach dem Mauerfall versuchen zu klären, wem da in diesen möglicherweise 46 Fällen Unrecht geschehen ist? Der zuständige Minister, die Fraktion der SPD im Landtag, der Koalitionspartner CDU und die Fraktion der Linken sagen: „Nicht dran rühren“ und warnen sogar vor Schadenersatzforderungen, sollte bekannt werden, welche Betriebe im Land möglicherweise nicht rechtskonform umgewandelt worden sind.

„ Soll man 25 Jahre nach dem Mauerfall versuchen zu klären, wem da Unrecht geschehen ist? „

Nicht dran rühren, weil im Umkehrschluss doch immerhin 85 Prozent der LPG-Umwandlungen rechtmäßig waren? Das führt zurück zum eingangs beschriebenen Fall des IM „Mike König“. Es ist eigenartig, welche Reaktion die Rechnung Michael Thomallas in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Die Kalkulation des Landtages und des Agrarministers hingegen blieb bisher öffentlich weitgehend unkommentiert. Der Vorsitzende des Städte- und Gemeindetages Reinhard Dettmann sagt nach der fristlosen Kündigung seines Geschäftsführers Thomalla: „Es war unsere Motivation, den Verrat loszuwerden. Dafür sind wir damals auf die Straße gegangen.“

Es ist, meine ich, angeraten zu schauen, wo ein Unrecht durch ein anderes ersetzt worden ist. 25 Jahre nach dem Mauerfall ist es höchste Zeit dafür.

Claus Tantzen

Debatte um Schulstart

In der Aktuellen Stunde kamen auch Defizite zur Sprache

Das neue Schuljahr begann ohne Probleme. Die SPD-Landtagsfraktion nahm dies zum Anlass, das Thema „Erfolgreicher Schulstart 2014/2015“ auf die Tagesordnung für die Aktuelle Stunde am 15. Oktober zu setzen. Oppositionspolitiker von Linken und Grünen erklärten, ein reibungsloser Schulstart müsse die Normalität sein und nicht in einer Debatte extra gefeiert werden. In der Diskussion kamen auch Defizite zur Sprache.

Rednerfotos: Uwe Balewski



Andreas Butzki (SPD)

Andreas Butzki, (SPD), verwies auf das 50-Millionen-Euro-Bildungspaket, das der Landtag vor etwa einem Jahr für die Schulen beschlossen hat. Diese und weitere Maßnahmen hätten zum reibungslosen Schulstart beigetragen, sagte er. Rund 19 Millionen Euro aus dem Programm seien zur Sicherung des Lehrernachwuchses vorgesehen, zum Beispiel für die Verbeamtung der Lehrkräfte bis 40 Jahre. „Es ist uns gelungen, 565 Lehrerinnen und Lehrer, 10 Vertretungslehrkräfte sowie 55 Erzieherinnen und Erzieher mit sonderpädagogischen Aufgaben einzustellen“, unterstrich Butzki. Etwa 13 Millionen Euro würden in Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall investiert. Für die bessere Ausstattung von Ganztagschulen und Halbtagsgrundschulen stünden etwa sechs Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, zählte er weiter auf. „Es ist ein erfolgreicher Start 2014. Das ist keine Wertung, das ist ein Fakt“, lautete sein Fazit am Ende der Rede.



Helmut Holter (DIE LINKE)

Der Fraktionsvorsitzende der Linken **Helmut Holter** räumte anerkennend ein, dass das Schuljahr vor zwei Monaten besser begonnen hat als in den Vorjahren. Das sei jedoch mit einem Verzicht auf 100-prozentige Unterrichtsversorgung erkauft worden, sagte er. Diese betrage aktuell nur 99 Pro-

zent. Mehr als 60 Lehrerstellen seien dem System Schule entzogen worden. Holter kritisierte auch, dass Grundschullehrer immer noch schlechter bezahlt werden als ihre Kollegen an den Regionalschulen und Gymnasien. Minister Matthias Brodkorb habe auf Beschwerdebriefe von Betroffenen nicht einmal geantwortet, sagte Holter. Es gebe noch viele Baustellen in der Schulpolitik: So müssten die Klassengrößen in den Berufsschulen und die Schulabbrecher-Quote gesenkt werden. Für alle Kinder müsse die Förderung möglich sein, die sie brauchen, betonte der Linke-Politiker. Erst dann könne man von einer erfolgreichen Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern sprechen.



Marc Reinhardt (CDU)

Der Bildungsexperte der CDU **Marc Reinhardt** nannte ebenfalls Herausforderungen für die Zukunft, wie unbesetzte Schulleiterstellen, die Inklusion und einen zu hohen Stundenausfall an den Berufsschulen. Letzterer werde Schritt für Schritt zurückgehen, da Mecklenburg-Vorpommern wieder begonnen habe, Berufsschullehrer auszubilden, versprach er. Für Schulleiter gebe es mehr Geld. Das werde den Posten attraktiver machen. Die Verbeamtung von Lehrern, die von der CDU immer wieder gefordert wurde, habe entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns bei der Gewinnung von Nachwuchskräften beigetragen. Er verwies auch auf Mittel aus der Städtebauförderung für den Schulneubau. In einem so großen Bereich wie der Bildung werde es immer Probleme geben, sagte er. Die Koalition sei aber bereit, ständig nach Lösungen zu suchen. Die Bildungspolitik ziehe sich wie ein roter Faden durch die Politik seiner Partei.

Die Bildungspolitikerin der Grünen **Ulrike Berger** zeigte sich verwundert, dass ein Schuljahresbeginn „ohne Katastrophen“ offensichtlich schon ein Grund zum Feiern ist. „Wir wissen natürlich, dass es in der Vergangenheit leider keine



Ulrike Berger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich war, dass diese Mindestanforderung erfüllt wurde“, räumte sie ein. So seien zum Beispiel wochenlang keine Stundenpläne erstellt worden, weil die Lehrkräfte fehlten. Dies sei nun besser. Dennoch gäbe es Defizite. Berger führte unter anderem das Problem zu geringer Förderstunden an. Die Verteilung der Lehrerstunden erfolgte ihren Worten nach „so intransparent wie nie“. Sie fügte hinzu: „Für ein transparentes Regierungshandeln war es jedenfalls kein gelungener Schuljahresbeginn. Übrigens auch nicht für eine Reihe von Schulen in freier Trägerschaft.“ Sie erinnerte in diesem Zusammenhang an die Privatschulverordnung, die entgegen den Angaben des Ministers „sehr wohl Rechtsfehler enthielt“.



David Petereit (NPD)

Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** machte ebenfalls auf Probleme aufmerksam. „Sind Schulklassen mit 30 Schülern ein Erfolg?“, fragte er. „Kann man von einem Erfolg sprechen, wenn trotz Schülerrückgang und Schulschließungen im Land nicht genug Lehrer vorhanden sind? Und glauben Sie ernsthaft an einen Erfolg, indem Sie Inklusion zum Allheilmittel erklären...? Das ist kein Erfolg, das ist verantwortungsloser Irrsinn, den Sie da betreiben“, sagte Petereit. Auch wirke sich die schlechte Finanzlage der Kommunen negativ auf den Bildungsbereich aus, kritisierte er. Es gebe ernste Herausforderungen. Dazu zählte er auch „islamische Terrorkrieger“, die aus „deutschem Asyl“ aufbrechen würden, „um in Tschetschenien, Syrien, im Irak oder sonst wo in der Welt ihre Blutspur im Namen Allahs zu ziehen“. „Junge Männer, die nach Ihrem Duktus zu den in Deutschland angeblich so

dringend benötigten ‚Fachkräften‘ gehören“, sagte er. Dies wäre ein aktuelles Thema gewesen, das seiner Meinung nach eher in die Aktuelle Stunde gepasst hätte.



Bildungsminister Mathias Brodtkorb

Nach Angaben von Bildungsminister **Mathias Brodtkorb** hat das Schuljahr 2014/15 so reibungslos begonnen wie seit vielen Jahren nicht mehr. Dank Stundenzuweisungen an die Schulen bereits im Frühjahr habe es vom ersten Tag an fertige Stundenpläne gegeben, sagte der Minister. In den vergangenen Jahren musste immer wieder mit vorläufigen Stundenpläne gearbeitet werden, da am ersten Schultag nicht feststand, wie viele Lehrer mit wie vielen Stunden einer Schule zur Verfügung standen. Das sei bei den Eltern auf Kritik gestoßen, sagte Brodtkorb. Mehr als 600 neue Pädagogen und über 300 Referendare seien eingestellt worden – so viele wie nie zuvor in der Geschichte des Landes. Fast 1000 Lehrer seien verbeamtet worden. All das werde aus dem 50-Millionen-Euro-Zusatzpaket für die Schulen bezahlt. Er hob unter anderem die Verdienste von Lehrern, Schulleitern, Personalräten und Ministeriumsmitarbeitern hervor, die seinen Worten nach zu dem reibungslosen Schulstart beigetragen haben.

Schuljahr 2013/2014

	öffentlich	privat	gesamt
Allgemeinbildende Schulen	492	75	567
Berufliche Schulen	27	28	55
Schülerzahl Allgemeinbildende Schulen	122.403	14.370	136.773
Schülerzahl Berufliche Schulen	29.988	4.277	34.265
Lehrkräfte Allgemeinbildende Schulen	9.966	1.215	11.181
Lehrkräfte Berufliche Schulen	1.284	250	1.534

Quelle: Bildungsministerium M-V



Foto: Jens Büttner

LPG-Privatisierung

Grüne scheitern mit Antrag zur Aufklärung möglicher Verfahrensfehler

Unrecht bei der LPG-Umwandlung? Die Bündnisgrünen forderten am 16. Oktober im Landtag Aufklärung über mögliche Fehler, die nach dem Mauerfall bei der Überführung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Nachfolgegesellschaften gemacht wurden. Die Fraktion beruft sich mit ihrem Antrag auf eine Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit Stand 2002, nach der in Mecklenburg-Vorpommern fast 50 dieser Umwandlungen fehlerhaft waren.

48 Nachfolgeunternehmen müssten als „Scheinnachfolger“ bezeichnet werden, sagte **Dr. Ursula Karlowski**, agrarpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. Sie habe Landwirtschaftsminister Backhaus eine Liste der 48 Betriebe überreicht. Doch er habe die Annahme verweigert. „Deutlicher kann man nicht zeigen, wie wenig Interesse man an einer Aufklärung und an rechtswirksamen Lösungen hat“, kritisierte sie. „Die Betroffenen selbst müssen endlich informiert werden“, forderte Karlowski. „Bislang wurden nur die vermuteten Scheinnachfolger informiert, nicht aber die betroffenen LPG-Mitglieder, deren Ansprüche auch heute noch nicht verjährt sind.“ Bei der Überführung der LPG in das neue Wirtschaftssystem sei es „sicherlich auch hier und da zu Fehlern gekommen“, räumte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** ein. Doch müssten diese vor Zivilgerichten geklärt werden. Die Grundlage hierfür sei das Landwirtschaftsanpassungsgesetz. „Ich sage es ganz deutlich: es ist Privatrecht, und wenn da etwas nicht stimmt, muss man zum Gericht und nicht zur Landesregierung gehen. Das alles kann eigentlich nur jemand for-

dern, der neben der Realität des Lebens steht oder gezielt Zwietracht säen möchte“, betonte Backhaus. Die von den Grünen geforderte Informationskampagne erzeugt nach seiner Ansicht eine erneute Welle der Unsicherheit im ländlichen Raum. „Es wäre seitens des Staates verantwortungslos, ehemalige LPG-Mitglieder in eine erneute zivilrechtliche Auseinandersetzung mit ungewissem Ausgang zu treiben, an deren Ende wahrscheinlich nur Verlierer stehen“, sagte der Minister.

Auch der Agrarexperte der Linken **Prof. Dr. Fritz Tack** sprach sich gegen eine Annahme des Grünen-Antrages aus. Bislang hätten sich nur etwa 20 Betroffene gemeldet, die Einsicht in die Liste haben wollte. Das zeuge von geringem Interesse. Zudem müsse jeder Bürger den Weg der Klage selbst gehen. „Der Landtag kann kein Geld auszahlen“, sagte Tack. „Eine große ABM-Maßnahme für Juristen wäre angesprochen, die kaum Erfolgsaussichten hätte.“ Er warnte davor, falsche Hoffnungen zu wecken, Betriebe zu verunsichern und den inzwischen vorhandenen Rechtsfrieden im ländlichen Raum zu gefährden, um „grünen Populismus“ zu betreiben. „Nicht die vielfältigen Folgen der Rechtsunsicherheiten einer wohl einmaligen Epoche sollen mit Ihrem Antrag bereinigt werden, sondern die am Ende erfolgreiche LPG-Umwandlung als Ganzes soll für ungültig erklärt werden“, sagte Tack.

Nach Ansicht von **Thomas Krüger** (SPD) ist es nicht die Aufgabe des Staates, in diesem Fall aktiv zu werden. Eventuelle Fehler müssten auf zivilrechtlichem Weg geklärt werden. Das große Interesse an Rechtssicherheit bei der LPG-Umwandlung stehe außer Frage. Mit dem Antrag aber werde lediglich Unfrieden gestiftet, warf er den Grünen vor. Er zog auch die Aussagekraft der Studie in Zweifel, in der lediglich Registertragungen überprüft worden seien. Zudem hätten sich nur rund 5.000 von einst 200.000 LPG-Mitgliedern entschlossen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu gehen. Zum einen habe Know-how und Eigenkapital gefehlt. Zum anderen seien die osteuropäischen Märkte weggebrochen und die

Unsicherheit über die EU-Agrarreform groß gewesen. Den Grünen warf er vor, Strukturen zerschlagen und eine Neuverteilung der Äcker begünstigen zu wollen. „Hören Sie auf, Unmut im ländlichen Raum zu schüren“, forderte er.

Bei der LPG-Umwandlung sei nicht alles korrekt gelaufen, sagte NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs**. „Viele sind betrogen worden, weil sie keine betriebswirtschaftlichen Kenntnisse hatten“, betonte er. Wer aber falsch behandelt wurde, dem könne man nicht den Mund verbieten. In einem Rechtsstaat müsse man sein Recht durchsetzen können. Seine Fraktion werde dem Antrag, der „weit übers Ziel hinausschießt“, dennoch nicht zustimmen. Er sei „zutiefst populistisch“. Aber ablehnen werde ihn die NPD auch nicht, weil bei der Umwandlung viel Unrecht geschehen sei, sagte Pastörs.

Burkhard Lenz (CDU) schloss sich im Wesentlichen den Argumenten von SPD und Linken an. Auch er verwies darauf, dass sich nur sehr wenige der einst rund 200.000 LPG-Mitglieder zum Schritt in die Selbstständigkeit in der Landwirtschaft entschlossen hätten. Und dass offenbar nur bei einem sehr geringen Prozentsatz Unregelmäßigkeiten auftraten. Den Grünen warf er vor, Unfrieden in den Dörfern zu stiften.

Nach der kontroversen Debatte fand der Antrag nur die Zustimmung der Grünen. SPD, CDU und Linke lehnten ihn ab. Die NPD enthielt sich der Stimme.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3333

Frist für Notfälle

Novelle zum Rettungsdienstgesetz debattiert

Notfall-Einsätze werden in Mecklenburg-Vorpommern immer häufiger, da die Bevölkerung altert und damit die Gefahr von Herzinfarkten und Schlaganfällen zunimmt. Die Landesregierung plant unter anderem aus diesem Grund Änderungen im Rettungsdienstgesetz. Am 15. Oktober hat das Parlament einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung debattiert und zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Dabei wurde vor allem die geplante Verlängerung der Frist, in der Notfallretter am Einsatzort sein müssen, kontrovers diskutiert.

Nach dem Entwurf von Sozialministerin **Birgit Hesse** für ein neues Rettungsdienstgesetz soll die zehnminütige Hilfsfrist künftig erst beginnen, wenn der Disponent in der Rettungsleitstelle einen Krankenwagen oder Rettungshubschrauber alarmiert hat. Bisher beginnt die Frist bereits, wenn in der Leitstelle der Notruf entgegengenommen wird. Außerdem gibt es abgelegene Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern, in denen die Zehn-Minuten-Frist derzeit nicht gilt. Diese Sondergebiete sollen gestrichen werden, sagte Hesse. Das bedeute eine Verbesserung gerade im ländlichen Raum. Um genügend Notärzte zur Verfügung zu haben, sollen die Krankenhäuser verpflichtet werden, bei Bedarf Ärzte zu stellen. Zudem würden im Land Notfallsanitäter ausgebildet, sagte die Ministerin.



Foto: Jens Büttner

Karen Stramm (DIE LINKE) kritisierte die vorgesehenen Regelungen für die Wasserrettung. Die Retter hätten bei Notfällen am Strand und auf der Promenade weiterhin ein Problem. Verlassen sie den Wachturm, verstießen sie gegen ihren Vertrag, sagte sie. Helfen sie nicht, könnten sie unter Umständen wegen unterlassener Hilfeleistung belangt werden. Auch der Bäderverband habe sich bereits kritisch geäußert.

Der CDU-Politiker **Bernd Schubert** sagte, die richtigen Hinweise würden in dieser Diskussion aufgenommen. Das alte Gesetz stamme aus dem Jahr 1993. Eine Novelle, die schon die damalige Sozialministerin Manuela Schwesig im Jahr 2011 angekündigt habe, sei nötig. Er bat darum, den Entwurf zur Beratung in die Fachausschüsse zu überweisen und nicht schon jetzt abzulehnen.

Die Grünen-Politikerin **Silke Gajek** forderte Maßnahmen, um Rettungskräften das Finden des Einsatzortes am Strand zu erleichtern. Der Rettungsdienst ist ihren Worten nach „Teil der medizinischen Versorgungskette“ und nicht auf Transportleistungen beschränkt. Es gehe nun darum, die Attraktivität der Arbeit im Rettungsdienst zu erhöhen und den Rettungsdienst besser als bisher in die Versorgungsplanung einzubinden. Geklärt werden müssten unter anderem noch Fragen zur Ausbildung der Notfallsanitäter und zur berufsbegleitenden Weiterbildung sowie zur Bezahlung der Mitarbeiter im Rettungsdienst.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** sagte, seine Fraktion werde die Ergebnisse der Diskussion über den Gesetzentwurf abwarten. Auch er sehe die künftige Regelung für die Hilfsfristen als problematisch an. Auch sei bei der Wasserwacht nicht klar, wer für die Promenaden zuständig ist.

Der SPD-Gesundheitspolitiker **Julian Barlen** versicherte, auch künftig könnten sich die Menschen im Land darauf verlassen, im Notfall hochqualifizierte Hilfe zu bekommen. Der moderne Rettungsdienst habe bereits jetzt dazu beigetragen, die Versorgungsqualität zu erhöhen und die Sterblichkeit zu verringern. Allerdings machten die älter werdende Bevölkerung, die Kreisgebietsreform und der medizinische Fortschritt eine Anpassung des Gesetzes nötig. Nun würden das neue Berufsbild des Notfallsanitäters berücksichtigt und bessere Hygienevorschriften umgesetzt werden. Er bezeichnete die geplanten Vorschriften zur Hilfsfrist als „realistischer“. Zukünftig werde es dadurch keine „weißen Flecken“ für besonders entlegene Orte mehr geben.

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/3324

Vom Ärger mit Ämtern

Petitionsausschuss legt Bericht vor

Die Schließung von Amtsgerichten, Einschränkungen im Schienenverkehr, die Genehmigung von Windkraftanlagen, das Vorgehen von Polizeibeamten – die Klagen von Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern über Ämter und Behörden sind vielfältig. Das zeigen die Beschwerden, die den Petitionsausschuss des Landtages erreichen.



Vom 1. Mai bis 31. August 2014 hat der „Kummerkasten“ der Menschen des Landes 122 Petitionen abschließend bearbeitet, wie der Ausschussvorsitzende **Manfred Dachner** am 15. Oktober im Landtag berichtete. Mit 93 davon hat sich der Ausschuss intensiv befasst. In den übrigen Fällen sei dies dem Ausschuss nicht

möglich gewesen, zum Beispiel, wenn es um Gerichtsentscheidungen gehe. Darauf dürfe der Landtag keinen Einfluss nehmen, sagte Dachner. Der Ausschuss hat dem Redner zufolge im Berichtszeitraum vier Sitzungen durchgeführt, in denen zehn Petitionen gemeinsam mit den jeweils zuständigen Regierungsvertretern beraten wurden. Zudem erfolgte zu einer Petition eine Beratung vor Ort.

Dachner machte in seiner Rede auch auf eine Besonderheit des Petitionsausschusses aufmerksam: „Wie in keinem anderen Ausschuss ringen alle demokratischen Fraktionen parteiübergreifend darum, die Durchsetzung der Rechte der Petenten zu stärken und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um deren Anliegen politisches Gewicht zu verleihen“, sagte er. Dem stimmten auch die Redner der anderen Fraktionen zu,

Zum Beispiel

Ein 81 Jahre alter Petent begehrte vom Landesamt für Gesundheit und Soziales die Zuerkennung des Merkzeichens „RF“, was das Landesamt jedoch ablehnte. Dieses Merkzeichen gewährleistet eine Reduzierung des Rundfunkbeitrages auf ein Drittel. Es ist behinderten Menschen zuzuerkennen, die einen Grad der Behinderung von mindestens 80 aufweisen und infolge ihres Leidens ständig nicht an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen können. Der Grad der Behinderung des Petenten wurde im Jahr 2013 sogar auf 100 erhöht, sodass sich die Sachlage gegenüber seinem ersten Antrag aus dem Jahr 2010 verändert hatte. Angesichts dieses hohen Grades der Behinderung und der glaubhaften Schilderungen des Petenten erscheint es dem Ausschuss fragwürdig, dass der Petent noch in der Lage ist, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Das Sozialministerium muss deshalb das Anliegen des Petenten noch einmal überprüfen.

die sich wie Dachner in ihren Reden vor allem auf konkrete Beispiele bezogen: Detlef Lindner (CDU), Barbara Borchardt (DIE LINKE), Nils Saemann (SPD) und Jutta Gerkan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die NPD nahm nicht an der Debatte teil und enthielt sich bei der Abstimmung über den Bericht der Stimme. SPD, CDU, Linke und Grüne stimmten dem Bericht zu.

Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 6/3356

Bericht des Bürgerbeauftragten gebilligt

Fehlentscheidungen, lange Wartezeiten oder gar keine Bearbeitung: Bei Klagen von Bürgern über Behördenmitarbeiter hilft in M-V auch der Bürgerbeauftragte. Er muss dem Landtag regelmäßig Bericht erstatten.



Der Bericht von **Matthias Crone** für das Jahr 2013 wurde in den Ausschüssen beraten und auf Empfehlung des Petitionsausschusses am 16. Oktober vom Parlament gebilligt. 1.551 Beschwerden hat Crone im Vorjahr bearbeitet. Gut die Hälfte aller Beschwerden betraf soziale Themen. In 374 Fällen hätten sich Hartz-IV-Empfänger beklagt. Die Zahl war etwa so hoch wie 2012.

„Der Bürgerbeauftragte hat – im Gegensatz zum Petitionsausschuss – die gesetzlich festgeschriebene Aufgabe, die Bürger in sozialen Angelegenheiten zu beraten und zu unterstützen“, unterstrich der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Manfred Dachner. Der Ausschuss habe mehrheitlich beschlossen, auf die besondere Bedeutung des Bürgerbeauftragten hinzuweisen, die in der rechtlichen Beratung und Unterstützung von Hilfesuchenden zu allen Hartz IV-Fragen liegt. Beide Gremien vereinbarten zudem eine engere Zusammenarbeit, beispielsweise bei Beschwerden zur Schülerbeförderung, zur Vermietung von Ferienwohnungen in allgemeinen Wohngebieten und zum Rundfunkbeitragsrecht.

Drucksachen 6/2866 und 6/3359

Ein Petent äußerte Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verkaufs eines Jugendfreizeitentrums und bat um Beantwortung von Fragen. Dem Anliegen konnte entsprochen werden. Die Nutzung hatte sich im Laufe des Verfahrens als tatsächlich unzulässig herausgestellt. Der Ausschuss kritisierte den nachlässigen Umgang der Stadt, des Landkreises und des Innenministeriums mit dem Beschwerdeführer.

Ein Gefängnisinsasse beklagte sich, dass den Gefangenen das Taschengeld für den Monat Mai gestrichen wurde. Grund dafür waren neue gesetzliche Regelungen, die zu einer Umstellung der Zahlungsweise führten. Bei der Justizvollzugsanstalt (JVA) Waldeck war es daraufhin zu Fehlern bei der Auszahlung gekommen. Das Justizministerium beanstandete das. Die JVA zahlte das Geld nach.



Der Landtag lehnt die Kennzeichnung der Polizisten bei Großeinsätzen ab.

Foto: Jens Büttner

Polizisten bleiben anonym

Grüne scheitern mit Antrag auf Kennzeichnungspflicht

Polizisten im Großeinsatz bleiben in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin anonym. Obwohl Beamte anderer Bundesländer schon einer Kennzeichnungspflicht unterliegen, kommt sie im Nordosten nicht. Polizisten müssen bei Großeinsätzen wie Fußballspielen und Anti-Nazi-Demonstrationen auch künftig keine persönlichen Nummerncodes an der Uniform tragen. Die Grünen-Fraktion scheiterte am 16. Oktober nach einer emotionsgeladenen Debatte mit einem entsprechenden Antrag. Obwohl auch die Regierungspartei SPD auf Vorteile der Kennzeichnungspflicht verwies, stimmte sie gegen den Antrag der oppositionellen Fraktion. Die Sozialdemokraten beugten sich damit dem Willen ihres Koalitionspartners CDU, der eine individuelle Kennzeichnung von Beamten im Einsatz ablehnt.

Nach Ansicht der Grünen erschwert die fehlende Kennzeichnung die Ahndung von Fehlleistungen einzelner Polizisten. Dies sei eine Lücke im Grundrecht auf Rechtsschutz,

sagte **Johannes Saalfeld** (B'90/DIE GRÜNEN) bei der Begründung des Antrages. Um nicht den Familienamen des Polizisten preisgeben zu müssen, forderte er die Verwendung von Nummern. „Nur die Polizei und die Ermittlungsbehörden haben Zugriff auf die Liste, in der genau vermerkt ist, hinter welcher Nummer welcher Beamte steht“, erklärte der Grünen-Politiker.

Der SPD-Abgeordnete **Heinz Müller**, der nach eigenen Worten selbst schon Opfer willkürlicher Polizeimaßnahmen wurde, forderte eine offene Debatte zur Kennzeichnungspflicht. Dabei gehe es nicht um Namensschilder, sondern um „eine numerische Kennzeichnung“ von Polizisten im geschlossenen Einsatz. Damit könnten Beamte ermittelt werden, die bei Demonstrationen das Recht verletzt haben. Solche „schwarzen Schafe“ zu ermitteln, sei auch im Interesse der übergroßen Mehrheit der Beamten, die sich korrekt verhalten, meinte Müller. Er appellierte an die CDU, sich weiteren Beratungen zum Thema im Innenausschuss unter Einbeziehung von Experten nicht zu verschließen.

Peter Ritter (DIE LINKE) begrüßte den Meinungswandel bei der SPD, die ihre bislang ablehnende Haltung aufgabe und gesprächsbereit sei. An die Grünen appellierte Ritter, das Thema nicht zur eigenen Profilierung zu nutzen. „Es besteht die Gefahr, dass das Thema zerredet wird“, mahnte Ritter.

Der CDU-Abgeordnete **Michael Silkeit** sprach hingegen von einer „Phantomdebatte“ der Grünen, die Misstrauen gegen die Polizei schüre. „Bislang liegen keine Anzeigen gegen Polizeibeamte vor, die nicht gekennzeichnet waren“, sagte er. Für die CDU-Fraktion stehe der Schutz der Polizisten und ihrer Familien im Vordergrund. Den Beamten stehe es frei, im

täglichen Dienst ein Namensschild zu tragen. „Bei geschlossenen Einsätzen, wie Demonstrationen, lehnen wir eine Kennzeichnungspflicht ab“, sagte Silkeit. Es könne nicht das Ziel sein, dass gewaltbereite Rechts- und Linksextremisten oder Hooligans die Polizeibeamten durch die Kennzeichnung identifizieren können, sagte der CDU-Politiker.

Der NPD-Abgeordnete **Michael Andrejewski** meinte, man könne jetzt schon Polizisten und deren Vorgesetzte bei Demonstrationen nach der Dienstnummer fragen. Er habe das selbst schon ausprobiert, es funktioniere. Seine Fraktion sei gegen eine numerische Kennzeichnungspflicht. Diese würde es gewaltbereiten Demonstranten erleichtern, Daten über das private Umfeld der Beamten zu sammeln, warnte er.

Innenminister **Lorenz Caffier** begründete seine Ablehnung unter anderem mit der Bedrohung von Beamten und möglichen Racheakten militanter Demonstranten. So seien nach den Demonstrationen am 8. Mai in Demmin gezielt Autoreifen an Privatfahrzeugen von Polizisten zerstoßen worden. Solche Handlungen werde er nicht noch durch eine Kennzeichnungspflicht fördern. „Als Innenminister habe ich meinen Beamten gegenüber eine Fürsorgepflicht. Und diese nehme ich ernst“, sagte Caffier. Er warf dem Grünen-Politiker Suhr vor, sich bei Demonstrationen wie im Oktober in Stralsund nicht konsequent von verummten und gewaltbereiten Demonstranten distanziert zu haben.

Dies wies der Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** zurück. Er habe differenziert reagiert und sich auch gegen gewaltbereite Demonstranten gewandt. Aber er habe auch Polizisten erlebt, die gezielt provoziert hätten. Demonstranten, die zum Beispiel gegen Neonazis auf die Straße gingen und dabei von der Polizei unangemessen behandelt würden, hätten kaum eine Chance, Übergriffe ahnden zu lassen. „Diese Menschen fühlen sich dem Rechtsstaat ausgeliefert“, sagte Suhr. Eine individualisierte Kennung, wie sie in Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein schon üblich und für andere Länder in Vorbereitung sei, enthebe die Polizei einer pauschalen Kritik.

Nach der Debatte fand der Antrag nur die Zustimmung der Bündnisgrünen und der Linken. CDU, SPD und NPD lehnten den Antrag ab.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3332

Hintergrund

Vor allem nach Aktionen gegen NPD-Aufmärsche, wie im Oktober in Stralsund oder am 8. Mai in Demmin, war der Polizei ein unangemessen hartes Vorgehen gegen Gegendemonstranten vorgeworfen worden. In Demmin hatte es auch Verletzte gegeben. Innenminister Caffier hatte vor dem Landtag Fehler beim Polizeieinsatz dort eingeräumt. Als Reaktion auf die Vorkommnisse hatten sich SPD, CDU, Linke und Grüne am 4. Juli im Landtag auf einen Beschluss zur Demonstrationenkultur verständigt. Darin heißt es: „Für die friedlich gegen rechtsextreme Aufmärsche Demonstrierenden ist die Polizei nicht Gegner, sondern Partner.“

Landtags-Beschluss zur Demonstrationenkultur
Drucksache 6/3130

Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Linke forderte mehr Mitsprache der Kommunen und Parlamente bei Finanzrunde

Wenige Wochen vor einer möglicherweise richtungweisenden Beratung der Länder-Regierungschefs zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen hat die Linksfraktion eine engere Einbindung der Landesparlamente und Kommunen in die Verhandlungen verlangt. Wegen des Auslaufens des Solidarpaktes 2019 und einer Verfassungsklage von Bayern und Hessen gegen den aktuellen Länderfinanzausgleich läuft derzeit die Suche nach neuen Verteilungsmechanismen.

Neuregelungen hätten Auswirkungen auf alle Ebenen. Deshalb müssten auch Landtage und Kommunalvertreter in die Gespräche einbezogen werden, mahnte die finanzpolitische Sprecherin der Linksfraktion **Jeannine Rösler** am 17. Oktober im Landtag. Sie beklagte, dass bisher nur die Bundesregierung und die Landesregierungen verhandelten. „Die Parlamente und Kommunen gehören aber mit an den Tisch“, forderte Rösler im Namen ihrer Fraktion. Sie hatte in der Debatte deutlich gemacht, worauf es der Oppositionsfraktion ankommt: „Wir brauchen eine auskömmliche Finanzausstattung aller Bundesländer und Kommunen“, sagte sie. Vor allem den neuen Ländern drohten wegen der noch immer geringeren Wirtschaftskraft und damit geringerer Steuereinnahmen weiterhin unterfinanzierte Haushalte. Werde dieser strukturelle Nachteil nicht adäquat ausgeglichen, könne die vereinbarte Schuldenbremse nicht eingehalten werden, warnte Rösler. Die Linke fordert zudem die vollständige Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft in den Länderfinanzausgleich. Bisher würden nur zwei Drittel einberechnet. Kosten, die sich aus der Umsetzung von Bundesgesetzen ergeben, soll der Bund auch in voller Höhe tragen. Die Mittel aus einem künftigen Solidarpakt III sollen strukturschwachen Regionen in Ost und West zugutekommen, forderte Rösler weiter.

Finanzministerin **Heike Polzin** warnte davor, die laufenden Verhandlungen durch parteitaktische Erwägungen zu erschweren. Es gehe allein um Landesinteressen und das Ziel, den Aufbau in den neuen Bundesländern erfolgreich fortzusetzen. Doch sei die Sorge nicht unbegründet, „dass die Neuverhandlungen der Finanzbeziehungen diesen Aufholprozess jäh beenden und damit die Leistungen der vergangenen Jahrzehnte gefährdet werden“, räumte die Ministerin ein und verwies auf ein gemeinsames Positionspapier der Ostländer mit vier zentralen Forderungen. Eine davon sei die auch von der Linken verlangte vollständige Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft in das Ausgleichssystem. Die große Mehrzahl der Nehmerländer habe ein gemeinsames Interesse, geschlossen den Bestrebungen Bayerns und Hes-

Länderfinanzausgleich 1995 - 2012 in Milliarden Euro

Alle Zahlungen sind die Summe von den Ausgleichszuweisungen und den Ausgleichsbeiträgen der jeweiligen Bundesländer zwischen 1995 und 2012.

■ „Geberländer“
■ „Nehmerländer“

Nordrhein-Westfalen

Rheinland-Pfalz

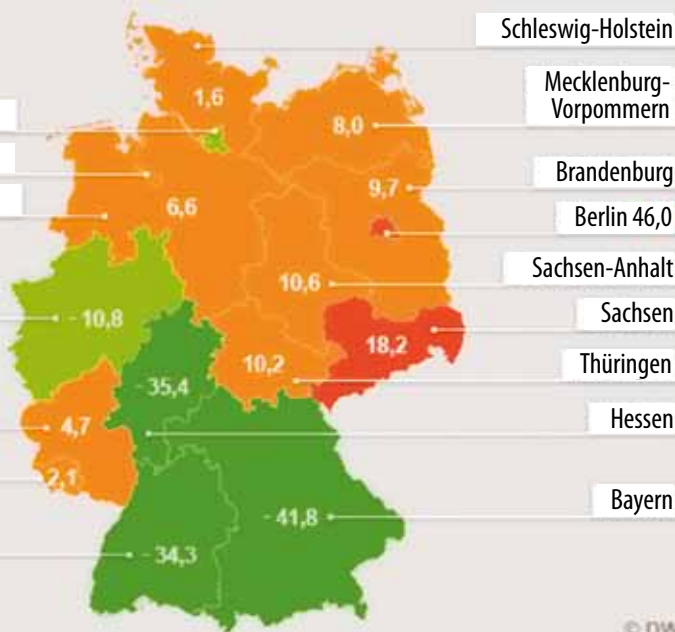
Saarland

Baden-Württemberg

Hamburg -5,3

Bremen 7,2

Niedersachsen



Quelle: Bundesfinanzministerium

© DW

sens entgegenzutreten, die Transfers nach 2019 zu begrenzen. „Wenn man den reichen Ländern die Stirn bieten will, müssen die ärmeren eng zusammenrücken“, betonte Polzin. Der CDU-Abgeordnete **Burkhard Lenz** dankte der Ministerin für eine realistische und umfassende Darstellung der Verhandlungslage. Er zeigte sich überzeugt, dass sie bei den Gesprächen mit ihren Amtskollegen die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommerns und seiner Kommunen gut vertrete. Die von der Linken geforderte direkte Einbeziehung der Kommunen erschwere die Verhandlungen, sagte Lenz und erinnere an das Sprichwort, nach dem viele Köche den Brei verderben. Zudem habe die Linke ja auch selbst bestätigt, dass die Finanzministerin in den Verhandlungen gute Arbeit leiste.

Auch **Johannes Saalfeld** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte Polzin für die bisherigen Verhandlungen zu den Finanzbeziehungen ein gutes Zeugnis aus und bestätigte ihr, den Finanzausschuss des Landtages unterrichtet zu haben. Doch mahnte er ebenfalls die Einbeziehung der Kommunen an. „Je wichtiger eine Angelegenheit ist, desto mehr müssen beteiligt werden. Es ist absurd, dass über öffentliche Mittel geheim verhandelt wird“, sagte Saalfeld und erinnerte die SPD/CDU-Koalition an eigene Forderungen aus der laufenden Sitzungswoche des Parlaments. „Es ist unglaublich, lautstark die bessere Beteiligung der Landtage in europäischen Fragen zu fordern und den Antrag der Linken nun abzulehnen.“ Er sei enttäuscht, dass sich die Fraktionen nicht auf einen gemeinsamen Antrag verständigt hätten, wie in Schleswig-Holstein, wo die Abgeordneten geschlossen für die Beteiligung der Landesparlamente votiert hätten. Für den SPD-Abgeordneten **Thomas Schwarz** ist durch den Finanzausschuss die Beteiligung von Parlament und Kommunen gewährleistet. Mit der Finanzministerin seien regelmäßige Unterrichtungen über den aktuellen Verhandlungsstand vereinbart worden. Und auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion werde es am 27. November eine nichtöffentliche Anhörung zum Thema mit Vertretern des Städte- und Gemeindetages und des Landkreistages ge-

ben. „Mit der Anhörung im Finanzausschuss haben wir ein gutes Verfahren vorgeschlagen, um allen Beteiligten gerecht werden zu können. Wir reden zunächst miteinander, bevor im Plenum pauschale Beschlüsse gefasst werden“, sagte Schwarz und begründete so die Ablehnung des Linke-Antrags. Besonders wichtig aber sei, dass sich die Nehmerländer einig sind. „Eine starke, abgestimmte Verhandlungsposition und Kooperationen mit anderen Ländern sind nötig, um letztendlich im Bundesrat das bestmögliche Resultat für Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen“, betonte Schwarz. NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** verwies auf das große wirtschaftliche Gefälle zwischen den Bundesländern. „Es gibt nur wenige Länder, die netto noch so viel übrig haben, dass sie den Hungerleidern im Norden überhaupt etwas abgeben können“, sagte er. Diese wirtschaftliche Kraft hätten Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, gelegentlich auch Hamburg. Es sei verständlich, dass sich die Geberländer gegen die Milliardentransfers massiv zur Wehr setzten und diese nicht auf Jahrzehnte festschreiben wollten. Ein nachhaltiger Ausgleich der Lebensverhältnisse sei nur dann erreichbar, wenn sich die ökonomischen Grundlagen auch in Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern so verbesserten, dass sie aus eigener Kraft lebensfähig seien. Dazu müsse die Landesregierung ihre Hausarbeiten erledigen.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/3335

Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich ergibt sich aus Art. 107 Abs. 2 des Grundgesetzes: es ist durch Gesetz sicherzustellen, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird, sodass alle Länder in die Lage versetzt werden, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Laut Finanzministerium erhielt Mecklenburg-Vorpommern 2013 fast 470 Millionen Euro an Zuweisungen aus den finanzstarken Südländern. Hauptzahler-Land war 2013 Bayern mit 4,3 Milliarden Euro, größter Empfänger Berlin, das 3,3 Milliarden Euro erhielt.

Klagerecht für Tierschutzverbände?



Jutta Gerkan

Tierschutzpolitische Sprecherin
der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Vincent Kokert

Vorsitzender der CDU-Fraktion

Tiere können nicht allein für ihre Rechte vor Gerichten streiten. Sie haben im besten Fall Anwälte in Form der Kontroll- und Aufsichtsbehörden, die die Einhaltung der bestehenden Tierschutz-Bestimmungen überwachen und sanktionieren. Doch die Behörden kommen nicht mehr hinterher, sind mit zunehmenden tierschutzrechtlichen Vorschriften bei gleichbleibendem Personalbestand überfordert. Seit 2006 hat die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern die Stellen in den Veterinärämtern konstant bei 14,33 Stellen für Tierärzte und 10,45 Stellen für Sachbearbeiter belassen. Im Landwirtschaftsministerium sind gerade einmal 1,5 Stellen im höheren Dienst, eine Stelle im gehobenen und eine halbe Stelle im mittleren Dienst mit dem Tierschutz betraut. Auf der anderen Seite sind seit 2006 im Land viele Nutztiere dazugekommen. Waren es 2006 noch 537.400 Rinder, 709.900 Schweine und 7.425.550 Hühner, so sind es heute rund 20.000 Rinder, 200.000 Schweine und 400.000 Hühner mehr. Hinzu kommt noch ein rasanter Anstieg der Tierschlachtungen im Land.

Dieser Zuwachs an Nutztieren und die große Zahl an Schlachtungen müssen auf die Einhaltung von Tierschutzstandards kontrolliert werden. Diese Mehrbelastung ist mit dem vorhandenen Personal nicht zu bewältigen.

In einer solchen Situation ist es mehr als förderlich, mit dem Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände ein weiteres wirksames Instrument für die Durchsetzung von Tierschutz zu haben. Eine solche Konstellation hat sich im Natur- und Umweltschutz bewährt. Die auf diesem Gebiet klageberechtigten Verbände gehen verantwortungsvoll mit ihrem Klagerecht um und haben durch gezielte Überprüfung von Grundsatzfragen auch gegen den Widerstand von Behörden große Fortschritte im Umweltrecht erzielt. Ebenso wird es sich mit den Tierschutzverbänden verhalten. Andere Bundesländer, auch unter SPD/CDU-Führung, haben dies bereits erkannt und das Klagerecht für Tierschutzverbände eingeführt.

Bisher ist das Klagerecht für Tierschutzverbände in den Bundesländern Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Rheinland-Pfalz gesetzlich verankert, in zehn Bundesländern werden Anträge auf Einführung des Klagerechts beraten.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde am 15. Oktober im Landtag debattiert und mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.

Drucksache 6/3334

Die CDU-Fraktion bekennt sich ohne Wenn und Aber zum Tierschutz. Seit dem Jahr 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Eine entsprechende Regelung gibt es auch in der Verfassung unseres Bundeslandes. Mit den Regelungen im Tierschutzgesetz, der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, der Tierschutz-Transportverordnung und der Tierschutz-Schlachtverordnung bestehen ausreichend rechtliche Regelungen, um dem grundgesetzlichen Anliegen gerecht zu werden. Es gibt also kein

Regelungsdefizit, das ein gesondertes Verbandsklagerecht rechtfertigt.

Für die Überwachung des Tierschutzes sind die Veterinärämter zuständig – und hier soll die Verantwortung auch bleiben. Die Einführung eines Verbandsklagerechts suggeriert, dass die staatlichen Behörden ihren Aufgaben nicht nachkommen. Dafür gibt es aus meiner

Sicht aber keinerlei Anhaltspunkte. Bisherige Erfahrungen mit dem Verbandsklagerecht im Bereich des Naturschutzes machen deutlich, dass die Verbandsklage kein geeignetes Mittel ist, um Natur- oder Tierschutzbelangen gerecht zu werden. Vielmehr wurde im Rahmen der bisherigen Genehmigungsverfahren deutlich, dass Naturschutzverbände die Verbandsklage dazu nutzten, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu behindern oder zu verzögern.

Gleichzeitig häufen sich in letzter Zeit Medienberichte, wonach sich Umweltschutzverbände durch Spenden von Unternehmen davon abhalten lassen, von ihrem Verbandsklagerecht Gebrauch zu machen. Dies kann nicht Sinn und Zweck eines solchen Klagerechts sein. Die Genehmigung und die Überwachung des Baus von Tierhaltungsanlagen erfolgt durch staatliche Behörden. Dort sind sie besser aufgehoben, als in privatrechtlichen Vereinen. Es wird immer „schwarze Schafe“ geben, die die gesetzlichen Regelungen zum Tierschutz umgehen. Hier ist der Staat in der Pflicht, durchzugreifen und auf die Einhaltung der Gesetze zu achten.

Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine hilft dabei nicht weiter und führt nicht automatisch zu mehr Tierschutz.

Weitere Beschlüsse des Landtages

Bürgernahes Europa



Die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Bundestages und des Bundesrates hat im Juni in Hamburg eine „Europapolitische Erklärung“ verabschiedet. Darüber berichtete Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** am 15. Oktober im Landtag. Bei der Gestaltung eines bürgernahen Europas komme den Landesparlamenten eine besondere Verantwortung zu, heißt es in der Erklärung. Die Präsidentinnen und Präsidenten der Länderparlamente wollen sich dafür einsetzen, dass die Landesparlamente intensiver in die europapolitischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Nur so könnten die Landtage ihre Brückenfunktion zwischen Europa und den Bürgerinnen und Bürgern wirksam ausüben. So fordert die Präsidentenkonferenz z.B. die Verlängerung der Frist für Einsprüche gegen EU-Gesetzesvorhaben, die die Interessen der Länder berühren (Subsidiaritätsprüfung). Der direkte Dialog zwischen Europäischer Kommission und Landesparlamenten soll stärker genutzt und intensiviert werden.

Die Erklärung im Wortlaut: Drucksache 6/3129

Gerichtsstrukturreform

Die Oppositionsfraktionen DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN scheiterten am 15. Oktober im Landtag mit dem Versuch, die Umsetzung der Gerichtsstrukturreform zu stoppen. Sie forderten, zunächst den Ausgang des laufenden Volksbegehrens und eines möglichen Volksentscheids abzuwarten, und legten hierzu einen eigenen Gesetzentwurf vor. Dieser wurde von der SPD/CDU-Koalition abgelehnt. Redner von Linken und Grünen warfen dem Regierungslager vor, das Volksbegehren nicht ernst zu nehmen. Justizministerin Uta-Maria Kuder verwies auf den umzusetzenden Landtagsbeschluss vom Oktober 2013 und auf bereits getätigte Investitionen an den verbleibenden Gerichtsstandorten.

Da auch eine Überweisung des Gesetzentwurfs in die Ausschüsse keine Mehrheit fand, wird dieser gemäß § 48 Abs. 3 der Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

Gesetzentwurf DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/3289

Architekten- und Ingenieurgesetz

Der Landtag hat Änderungen im Architekten- und Ingenieurgesetz beschlossen. Mit der Anpassung bestimmter Richtlinien, unter anderem zum Niederlassungsrecht und zur Anerkennung von Berufsqualifikationen, werde europäisches Recht umgesetzt, hieß es zur Begründung.

Drucksachen 6/3050 und 6/3355

Kommunen bekommen Sozialhilfekosten erstattet

Die Landkreise und kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern bekommen in diesem und im nächsten Jahr jeweils mehr als 270 Millionen Euro Sozialhilfekosten vom Land erstattet. Dabei geht es um die sogenannte überörtliche Sozialhilfe, etwa für Menschen in Heimen und in geschützten Werkstätten. Der Landtag verabschiedete am 15. Oktober das Sozialhilfefinanzierungsgesetz mit den Stimmen der Koalition. Die Opposition kritisierte die Art und Weise der Verteilung der Mittel. In einigen Landkreisen werde es Defizite geben. Außerdem setze das Gesetz zu wenige Anreize für die politisch angestrebte Ausrichtung „ambulant vor stationär“, kritisierte die Opposition. Weniger stationäre Leistungen hätten geringere Geldzuweisungen vom Land zur Folge.

Drucksachen 6/3052 und 6/3362

Nahrungsangebot für Bienen verbessern

Der Landtag setzt sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen heimischer Wildbienen ein. Dazu hat das Parlament am 15. Oktober in leicht geänderter Form einen Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU zum Thema



Foto: Jens Büttner

„Nahrungsangebot für Bienen verbessern“ angenommen. Bienen seien wichtige Lebensgrundlage für den Menschen und dienen durch die Bestäubung vieler Pflanzen der Arten-erhaltung. In den vergangenen Jahren sei es aber im Winter zu großen Verlusten bei Bienenvölkern gekommen. Der Landtag forderte die Regierung auf, gemeinsam mit den Imkern Maßnahmen zur Verbesserung der Bienenweide aufzustellen und weitere Förderprogramme dafür aufzulegen.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/3329

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/3385

Zusammenarbeit im Ostseeraum

Der Landtag stimmte am 15. Oktober mit großer Mehrheit den Beschlüssen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz zu. Das Gremium hatte auf der Tagung im August in Polen

die Richtlinien der weiteren Zusammenarbeit beschlossen. Die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz wird der Landtag M-V vom 30. August bis zum 1. September 2015 in Rostock-Warnemünde ausrichten.

Drucksache 6/3328

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3383

Stalking

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns hat sich für eine konsequentere Bestrafung von Stalkern und einen besseren Schutz für Opfer von Nachstellungen und Bedrohungen ausgesprochen.



Mit den Stimmen der Koalition forderte das Parlament am 16. Oktober die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Gesetzesänderung einzusetzen. Linksfraktion und Grüne enthielten sich der Stimme, weil sie Veränderungen auch im Land selbst zugunsten einer besseren Opferhilfe und einer zielgerichteten Tätertherapie für nötig halten. Nach Angaben der Landeskoordinierungsstelle für Opferhilfe „Cora“ gehen in Mecklenburg-Vorpommern jährlich rund 1000 Anzeigen wegen Stalkings ein. Nur in jedem neunten Fall komme es zu Verurteilungen.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/3330

Kirchensteuer

Der Landtag regelte die Erhebung der Kirchensteuer neu. Eine entsprechende Gesetzesnovelle wurde am 15. Oktober vom Parlament verabschiedet. Das Gesetz schaffe die landesrechtlichen Voraussetzungen für die einheitliche Erhebung von Steuern durch Kirchen und Religionsgesellschaften in Mecklenburg-Vorpommern und Sorge für eine Anpassung an Bundesrecht, hieß es zur Begründung.

Drucksachen 6/2999 und 6/3360

Asylpolitik

Mit dem Themenfeld Asylpolitik beschäftigten sich mehrere Anträge.

So forderte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einführung einer Krankenversicherungskarte für Asylsuchende, Flüchtlinge und geduldete Menschen. Dies werde bereits seit 2005 in Bremen und seit 2012 in Hamburg praktiziert

und ermögliche den Betroffenen ein „Stück diskriminierungsfreie gesellschaftliche Normalität“. Durch die Übertragung der Leistungsabwicklung an eine Krankenkasse reduziere sich auch der Verwaltungsaufwand in den Kommunen. Mit ihrem Antrag forderten die Grünen die Landesregierung auf, einen Vertragsabschluss mit einer Krankenkasse zur Übernahme der medizinischen Versorgung herbeizuführen und dem Landtag bis zum 1. Dezember 2014 über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten. Der Antrag wurde von den Koalitionsfraktionen SPD und CDU sowie von der NPD abgelehnt.

Drucksache 6/3341

In einem gemeinsamen Antrag forderten DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN die Landesregierung auf, alle Bemühungen für einen „nationalen Flüchtlingsgipfel“ auf Bundesebene zu unterstützen und an einem Konzept zur Neuregelung der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern, Geduldeten und ausländischen Flüchtlingen konstruktiv mitzuwirken. Nicht nur die Aufnahme und Verteilung, sondern auch die Sicherheit und Betreuung der Asylsuchenden müssten bundeseinheitlich geregelt und finanziell unterstützt werden. Dem Antrag stimmten nur Linke und Grüne zu. Auch der Antrag auf Überweisung in die Ausschüsse fand keine Mehrheit.

Drucksache 6/3342

Die NPD-Fraktion forderte den Landtag auf, das „sogenannten Kirchenasyl“ zu missbilligen, das die Nordkirche in Mecklenburg-Vorpommern Asylbewerbern gewähre. Zudem solle die Landesregierung sicherstellen, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber trotz des Kirchenasyls und auch gegen den Widerstand der Nordkirche abgeschoben werden. Der Antrag wurde von den demokratischen Fraktionen geschlossen abgelehnt.

Drucksache 6/3343

Landtag hebt Immunität auf

Der Landtag hat am 15. Oktober den Weg für die Erhebung einer Anklage gegen den NPD-Abgeordneten **David Peterreit** freigemacht. Die Staatsanwaltschaft Schwerin wirft ihm Volksverhetzung vor. Er soll im Juli 2013 über einen von ihm betriebenen Onlinehandel eine CD angeboten haben, auf der zu Hass und Gewalt gegen Menschen mit pädophilen Neigungen aufgerufen wird. Pädophilie ist laut Staatsanwaltschaft eine psychische Störung. Damit richte sich der Gewaltaufruf gegen eine psychisch kranke Bevölkerungsgruppe, teilte ein Sprecher mit. Der Landtag hob die Immunität Peterreits auf, um die Anklageerhebung zu ermöglichen. Der Landtag hob auch die Immunität des NPD-Fraktionsvorsitzenden **Udo Pastörs** auf, damit gegen ihn ein Strafbefehl wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erlassen werden kann.

Drucksachen 6/3352 und 6/3353



Landtags-Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern trafen sich mit Vertretern des Sejmik Westpommern, um mit den polnischen Kollegen über die Nutzung erneuerbarer Energien zu beraten.

Foto: Landtag M-V

Deutsch-polnische Zusammenarbeit

Energie-Fachausschüsse berieten gemeinsam

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Aktivitäten des Landtages berieten am 8. und 9. Oktober der Energie- sowie der Agrarausschuss des Landtages gemeinsam mit den korrespondierenden Ausschüssen des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern. Dabei ging es um die Nutzung von Biomasse im ländlichen Raum, erneuerbare Energien in öffentlichen Liegenschaften sowie den Planungsstand für die Gründung eines Kompetenzzentrums für Erneuerbare Energien im polnischen Karlino.

Beim Besuch einer der wenigen Biogasanlagen Westpommerns in Byszewo bei Łobez erfuhren die Abgeordneten, dass sich in Polen Biomassennutzung wegen des Fehlens einer gesetzlich garantierten Einspeisevergütung nur bei 85-prozentiger Förderung rechnen. Diese werde in der Regel durch europäische und nationale Zuschüsse gewährleistet. Die Anlage in Byszewo ist einem Landwirtschaftsbetrieb angegliedert und verwertet im Wesentlichen Maissilage, Hühnermist, Schweinegülle sowie organische Reststoffe. Wärme und Strom werden in einem Blockheizkraftwerk erzeugt und betriebsintern genutzt, der Überschussstrom wird ins örtliche Netz eingespeist.

Im Anschluss besichtigten die Abgeordneten das Regionalzentrum für Tourismus und Sport in Karlino, einer Kleinstadt mit 6.000 Einwohnern. Auf der Grundlage von erneuerbaren Energien und effizienten Technologien will man dort eine Multifunktionseinrichtung (Sport, Rehabilitation, Kultur, Tourismus, etc.) mit überregionaler Ausstrahlung betreiben.

Am Folgetag besichtigten die Ausschussvertreter die Liegenschaft des geplanten Kompetenzzentrums für Erneuerbare Energien in Karlino. Hierbei handelt es sich um eine kommunale, mit Problemstoffen belastete Fläche, auf der ein Bildungszentrum für Energie (Museum und Beratung) errichtet werden soll.

Bei den anschließenden Beratungen in der Begegnungs- und Kulturstätte in Bialogard ging es u.a. um den Informations- und Erfahrungsaustausch zur Nutzung erneuerbarer Energien und von Biomasse in beiden Ländern sowie um Fördermöglichkeiten im Rahmen der Operationellen Programme.

„Dass sich sechs Fachausschüsse beider Nachbarländer an dem Treffen beteiligt haben, zeigt den hohen Stellenwert, den die Energiewende zurzeit auch in den Regionalparlamenten genießt“, sagte der Vorsitzende des Energieausschusses **Rudolf Borchert** nach dem Treffen. Auch das trage erheblich zur Kontinuität der Zusammenarbeit von Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern bei. Er lud die Vertreter des Sejmik Westpommern für 2015 zur Fortsetzung der Gespräche nach Mecklenburg-Vorpommern ein.

Ostsee-



Tourismusforum

Landtagspräsidentin unterstreicht Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Am 1. und 2. Oktober fand im schwedischen Karlskrona das 7. Ostsee-Tourismusforum statt. Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider**, gegenwärtig auch Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz, sprach zur Eröffnung

vor den über 100 Tourismusakteuren aus allen Ostsee-Anrainerstaaten. Sie betonte die Wichtigkeit des politischen Dialogs insbesondere in schwierigen politischen Zeiten. „Hier hat sich nicht nur die Ostseeparlamentarierkonferenz als geeignete Plattform bewährt“, sagte sie. Auch das Ostseetourismusforum stelle sich dieser Herausforderung seit über sechs Jahren mit Erfolg.

In ihrer Rede begrüßte **Sylvia Bretschneider** das Ziel des Forums, innovative Ansätze und beispielhafte Projekte zur besseren Verzahnung und Vermarktung von Tourismusangeboten zwischen den Ostsee-Ländern herauszuarbeiten. Das gemeinsame kulturelle Erbe sei nur ein Beispiel dafür, wie dies erreicht werden könne. Mit diesem Thema habe sich auch die 23. Jahreskonferenz der Ostseeparlamentarier im August dieses Jahres im polnischen Olsztyn auseinandergesetzt. „Wir waren uns darüber einig“, sagte Bretschneider, „dass Kultur ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region ist und als Katalysator für Innovationen in anderen Feldern, z.B. in der Tourismuswirtschaft, dient.“

Der Tourismus in der Ostseeregion hat nach Einschätzung von Sylvia Bretschneider, die auch Vorsitzende des Landes-Tourismusverbandes ist, beachtliche Fortschritte erzielt und sei ein wachsender Wirtschaftszweig. Saisonverlängernde Maßnahmen seien ebenso umgesetzt worden wie Schritte zur weiteren Internationalisierung. „Konferenzen wie das Ostseetourismusforum sind daher von großer Bedeutung, um neue Entwicklungen zu definieren und entsprechende Strategien zu entwickeln“, betonte die MV-Politikerin. Mit der Schwerpunktsetzung auf ländlichen und maritimen Tourismus und auf den Kultur- und Kreuzfahrttourismus habe das Tourismusforum zukunftsgerichtete und interessante Themen für die Diskussionen gewählt, schloss Bretschneider ihre Ausführungen.

Das Ostsee-Tourismus-Forum wurde 2008 von Mecklenburg-Vorpommern unter Federführung des damaligen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie des Landestourismusverbandes initiiert und in Rostock erstmals

TTIP im EU-Ausschuss der Regionen

Bei der Plenartagung des AdR am 8. Oktober stand u.a. das viel diskutierte Freihandelsabkommen TTIP auf der Agenda. Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, vertritt den Landtag in diesem EU-Gremium.

In einer intensiven Debatte zu TTIP räumte der zuständige EU-Kommissar Karel de Gucht ein, dass transparenter gemacht werden müsse, wie die unterschiedlichen Systeme in den USA und der EU harmonisiert werden sollten, ohne Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz abzusenken. Nur so seien die Menschen und letztlich auch das EU-Parlament zu überzeugen.

Das TTIP werde auch im Landtag M-V intensiv diskutiert, so **Detlef Müller**. Man sehe durchaus die Chancen und Vorteile, müsse aber auch das „Ja, aber...“ im Blick behalten. Im November gebe es hierzu ein Gespräch mit einem Mitarbeiter der EU-Kommission, Anfang Dezember sei eine größere öffentliche Anhörung geplant.

ausgerichtet. In den Folgejahren trugen Vilnius, Kaliningrad, das polnische Ostseebad Sopot, Rostock und Ringsted (Dänemark) die Veranstaltung aus. 2015 soll das Forum in Gdansk stattfinden.

www.balticseaturism.net

Gesundheit und Pflege

Enquete-Kommission berät wissenschaftliche Grundlagen-Expertise

Am 10. Oktober standen zwei Themenfelder auf der Tagesordnung der Enquete-Kommission: Sozialministerin Birgit Hesse berichtete zu „Bildung und Arbeit im Alter“, und Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann, Dr. Neeltje van den Berg vom Institut für Community Medicine der Universität Greifswald und Prof. Dr. Roman F. Oppermann von der Hochschule Neubrandenburg stellten eine erste Grundlagenexpertise „Alter und Gesundheit/Pflege“ vor.



v.l. Kommissionsvorsitzender Jörg Heydorn, Sozialministerin Birgit Hesse, Dr. Antje Draheim (Sozialministerium).

Da eine hohe Zahl Erwerbstätiger bald in den Ruhestand gehe, werde sich nach Aussage von Sozialministerin Birgit Hesse Beschäftigung verändern. Viel Erfahrung und Wissen gehe verloren, gleichzeitig gebe es bereits jetzt einen Mangel an qualifiziertem Nachwuchs. Deshalb sei die stärkere Integration erwerbsloser Älterer auf dem Arbeitsmarkt wichtig. Langfristiges Ziel sei, die Beschäftigungsfähigkeit Älterer zu verbessern und diese bis zum Renteneintritt zu erhalten. Neben dem Erhalt der sozialen, psychischen und physischen Gesundheit gehe es um einen leichteren Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit, kontinuierlichen Wissenstransfer und Weiterbildung sowie Umschulungsmöglichkeiten. In den ländlichen Räumen sei zudem Mobilität besonders wichtig, um Mensch und Arbeit zusammenzubringen. Außerdem könne durch den Breitbandausbau Arbeit zu den Beschäftigten gebracht werden.

Die Studie „Alter und Gesundheit/Pflege“, die von der Universität Greifswald und der Hochschule Neubrandenburg für die Enquete-Kommission erstellt wurde, gibt Einblick in die Häufigkeit der Erkrankungen und die pflegerische Versorgungssituation der älteren Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern. Mit steigendem Alter steige das Risiko für Erkrankungen allgemein wie auch für das gleichzeitige Auftreten mehrerer Erkrankungen, erläuterten die Wissenschaftler. Der Anteil der über 60-Jährigen im Land werde bis 2022 um ein Viertel zunehmen, der Bedarf an Haus- und Fachärzten werde trotz abnehmender Bevölkerungszahl steigen. Problematisch sei, dass viele Ärzte in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen und die Wiederbesetzung, insbesondere in ländlichen Gebieten, nicht gesichert ist. Der wachsenden Zahl Pflegebedürftiger stehe eine schrumpfende Gruppe Arbeitsfähiger gegenüber. Das Resultat sei bereits jetzt ein Fachkräftemangel.

Als Konsequenz aus der Expertise müssten nach Meinung der Experten in den Regionen spezifische Versorgungspläne entwickelt werden. Innovative Versorgungsmodelle könnten auf Delegation, Kooperationen zwischen den Leistungsanbietern oder Telemedizin basieren. Auch eine Ausweitung der Sektor übergreifenden Versorgung durch Krankenhäuser und indikationsübergreifende Programme halten die Wissenschaftler für denkbar. In einem geriatrischen Verbund könnten unterschiedliche Leistungserbringer ganzheitliche Behandlungsprozesse ermöglichen. Um Gesundheitsberufe attraktiver zu gestalten, müssten Fachkräften berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und akademische Weiterbildungsmöglichkeiten geboten werden. Flächendeckende Erreichbarkeit, Austauschmöglichkeiten und Vernetzung sowie Unterstützungs- und Entlastungshilfen seien zu fördern, um ehrenamtliche und familiäre Unterstützungsstrukturen zu erhalten und auszubauen.

Am 16. Januar 2015 wird sich die Enquete-Kommission mit Prognosen und Handlungsempfehlungen zu dem Thema beschäftigen. Hierzu wird die HGC GesundheitsConsult GmbH ihr Gutachten präsentieren.

Umweltpreis des Landtages

Thema: Schutz und Entwicklung von Gewässern

Im kommenden Jahr vergibt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zum 14. Mal seinen Umweltpreis zum Gedenken an den bedeutenden mecklenburgischen Naturforscher Ernst Boll. Das Thema der Ausschreibung lautet: „Initiativen zum Schutz und zur Entwicklung von Gewässern als Habitat und natürliche Ressource“. Bewerbungen können bis zum 31. März 2015 eingereicht werden.

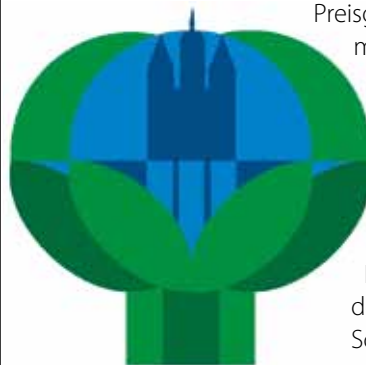
Mit dem Thema will der Landtag unterschiedliche Aspekte des Gewässerschutzes in den Fokus rücken. Schutz der Seen,

Foto: Uwe Sinnecker



Flüsse und der Ostsee auf der einen Seite und ihre Entwicklung andererseits scheinen oftmals in einem Widerspruch zu stehen. Beide Seiten in Einklang zu bringen ist das Ziel und entspricht auch den Forderungen der Europäischen Union. „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss“, hieß es in der Präambel der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die die Gewässerbewirtschaftung europaweit auf eine einheitliche, ökologische und sozial verträgliche Grundlage stellt.

Erstmals vergibt der Landtag den Umweltpreis in zwei Kategorien: als mit 15.000 Euro dotierten „Umweltpreis“ sowie als „Jugend-umweltpreis“. Bei letzterem kann die Jury das Preisgeld von 10.000 Euro auf maximal drei Projekte aufteilen.



**U M W E L T
P R E I S**
DES LANDTAGES
MECKLENBURG-
VORPOMMERN
ZUM GEDENKEN
AN ERNST BOLL

2 0 1 4
—
2 0 1 5

Mit den neuen Vergaberichtlinien soll der Fokus stärker auf hochwertige und innovative Leistungen in Wissenschaft und Forschung gerichtet werden, andererseits sollen auch Schülerinnen und Schüler und Azubis teilnehmen können, die viel Engagement auf Problemlösungen entfalten, ohne jedoch über die Möglichkeiten „professioneller“ Projekte zu verfügen.

Bewerbungsschluss:
31. März 2015

Umweltpreis des Landtages

Mehr zur Ausschreibung sowie die Bewerbungsunterlagen finden Sie auf der Internetseite des Landtages (Agrarausschuss). www.landtag-mv.de



Fotos: Cornelius Kettler

Als neuen Museumsraum können Besucher die restaurierte Silberkammer besichtigen.

Erlebnisräume

Silberkammer gibt Einblick in höfisches Leben / Auch Grabungsfunde sollen öffentlich zugänglich gemacht werden

Wie wär's mit dieser Vorspeise: Austern, gegart in Bouillon, Weißwein und Zitronensaft, umhüllt von Blätterteig, gebacken mit Parmesan und Krebsbutter? Als Hauptgang Lachsforelle, gekocht in Rotwein, mit Butter und Wurzelwerk? Wer die Rezeptsammlung des Großherzoglichen Haus- und Mundkochs Max Brückner liest, der weiß, dass man bei Herzogs zu speisen verstand. Und zu tafeln! Nicht nur zur Einweihung des Schlossumbaus 1857, zu der Hofmaler Theodor Schloepke eigens eine hübsche Speisekarte für das zwölfgängige Galadinner entwarf.

An jene Zeiten wird heute auch in der Silberkammer des Schweriner Schlossmuseums erinnert. Das Kleinod ist jetzt im Oktober nach mehrjähriger Sanierung eröffnet worden und erfreut sich seitdem regen Besucherinteresses. Die Kosten in Höhe von knapp 1,3 Millionen Euro hat überwiegend der Bund übernommen, wie das Staatliche Museum mitteilen ließ. Zierliche Tiegel mit gekrönten Herzogsmonogrammen aus dem 16. Jahrhundert sind zu sehen, silberne Fußschalen oder der überdimensionale „Picknick“-Koffer, gefüllt mit einem Kaffee- und Teeservice aus Silber. Ein stattliches Präsent der „Damen der mecklenburgischen Ritterschaft“ zur Hochzeit von Friedrich Franz IV., dem letzten Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, mit seiner Alexandra.

Insgesamt sind es wohl gut 100 silberne, teils vergoldete Einzelstücke, die in dem Gewölberaum im Schloss präsentiert werden. Sie stammen überwiegend aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert und aus ehemals großherzoglichem Besitz. Die meisten Exponate waren in alle Welt verstreut und wur-



den erst nach 1989 vom Museum erworben, oft mit Unterstützung von Sponsoren. Auch Leihgaben sind zu sehen, alles historisch eingeordnet und umrahmt von Zeugnissen höfischen Lebens.

„Erlebnisräume“ – das sei es auch, was Einheimische und Touristen von einem Besuch des Schweriner Schlosses erwarten, sagt Landtagsdirektor Armin Tebben. Der Landtag ist nicht nur gemeinsam mit Museum und Gastronomie Nutzer des Schlosses, sondern auch Bauherr und als solcher bekanntlich zurzeit vor allem mit dem Großprojekt „neuer Plenarsaal“ beschäftigt. Parallel laufen weitere Sanierungsmaßnahmen, was niemand übersieht, der einen Blick auf den Schloss-Innenhof wirft.

Dieser wird derzeit von einem tiefen Graben durchpflügt. Bis zum Frühjahr 2015 soll das unterirdische Versorgungssystem des Landtagssitzes grundlegend erneuert werden. Vom



Im Schloss-Innenhof fanden die Archäologen Reste eines Burgwalls aus dem Jahr 965.

Foto: Landesamt für Kultur und Denkmalpflege

Haupt- bis zum Gartenportal entsteht eine hochmoderne Versorgungstrasse für Schloss und Landtag, mit leistungsstarken Leitungen für Wasser, Strom und Technik, die den wachsenden Anforderungen heutiger Zeiten standhält.

Bis zu fünf Meter tief haben sich die Arme des Baggers in die Erde gegraben. Als sie im Frühsommer eine Tiefe von rund einem Meter erreichten, wurde es für die Archäologen vom Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern das erste Mal interessant. Die Experten, die Hand in Hand mit den Bauleuten arbeiten, entdeckten Siedlungsspuren, die gut 1.000 Jahre zurückreichen: festes Weidengeflecht, einen Pferdeschädel, kleine Knochen, einen gut erhaltenen Deckel, der von einem Fass stammen könnte, eine Feuerstelle. Und Scherben, deren Verzierungen auf jungslawische Zeiten hinweisen. Eben jene Epoche vor einem Jahrtausend, als der slawische Fürstensitz in schriftlichen Quellen erstmals erwähnt wird.

Jüngst stießen die Baggerarme in einer Tiefe von 4,50 Meter auf die Überreste eines slawischen Burgwalls. Das Team um

Archäologin Marlies Konze schickte Holzproben nach Berlin und ließ sie von Spezialisten untersuchen. Das Ergebnis gilt als kleine Sensation: Schon im Jahr 965 stand auf der Insel inmitten von „Wiesen, Dickicht und Morast“, wie der arabische Kaufmann Ibrahim Ibn Jakob um 973 eher vage beschreibt, eine Burg. Bislang galt die Chronik des Bischofs Thietmar von Merseburg mit der Zeitangabe 1018 als frühester gesicherter Nachweis für die Existenz einer Obodritenburg im heutigen Schweriner See.

Die neuen Erkenntnisse zur Schlossgeschichte sieht der Landtagsdirektor mit Freude. Einerseits. Bescheren diese Funde dem Ensemble, das einen Platz auf der UNESCO-Welterbeliste anstrebt, doch große Aufmerksamkeit. Andererseits kosten die Ausgrabungen Zeit und Geld. Die Aufwendungen für die Untersuchungen, wissenschaftliche Begleitung, Konservierung von Fundstücken und Öffentlichkeitsarbeit schätzt Tebben auf knapp eine Million Euro, die Zeitverzögerung für die Bauarbeiten auf drei bis vier Monate. Damit sei aber zu rechnen gewesen, meint der Verwaltungschef. Jetzt gelte es zu überlegen, wie man am besten mit dem Sensationsfund verfährt. Erwägungen, alles an Ort und Stelle im Innenhof zu konservieren und unter einer Glaswand sichtbar zu machen, seien schnell als nicht praktikabel ad acta gelegt worden.

Nun nehme eine andere Variante Konturen an: Nach der Silberkammer sollen in absehbarer Zeit Medaillon- und Weinlaubsaal wieder hergerichtet und genutzt werden. Der Weinlaubsaal, noch gänzlich unsaniert, befindet sich unterhalb der Schlosskirche und wäre gut vom Innenhof aus zu erreichen. Warum ihn nicht als Ausstellungsraum für die Fundstücke aus dem Schlosshof nutzen? Eine Überlegung im Moment, die natürlich im Landtag beraten und im Haushalt berücksichtigt werden müsse. In das Konzept vom „Erlebnisraum Schloss“ jedenfalls, meint Tebben, würde die Idee gut passen.



Foto: Landtag M-V

Im Schloss-Innenhof wird eine Versorgungstrasse für den neuen Plenarsaal gebaut.

Foto: Internationaler Bund



Im Rahmen seiner zweitägigen Sitzung in Schwerin besuchte das Präsidium des Internationalen Bundes (IB e.V.) am 10. Oktober auch den Landtag im Schweriner Schloss. Im Gespräch mit Landtags-Vizepräsidentin Silke Gajek (rechts im Bild mit IB-Präsidentin Petra Merkel) ging es um die Themenfelder, bei denen sich der IB als Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit engagiert. Silke Gajek informierte u.a. über die Kindertagesbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern, über die Ansprüche vieler Frauen im Osten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie über die Herausforderung des demografischen Wandels für ein Flächenland wie M-V.

Foto: Landtag M-V



Als Erika Kronenberg und Kurt Scharf das Preisrätsel in der Sommerausgabe der LandtagsNachrichten lösten, dachten sie nicht im Traum daran, dass sie den Hauptpreis – eine Reise nach Schwerin – gewinnen würden. Umso größer war die Freude, als die Einladung des Landtages ins Haus flatterte. Am 14. Oktober lösten die beiden Wolgaster ihren Hauptpreis ein. Bei strahlendem Wetter erlebten sie das Schweriner Märchenschloss mit seiner wechselvollen Geschichte und seiner heutigen multifunktionalen Nutzung und waren rundum begeistert. „Wir waren seit 20 Jahren nicht mehr in Schwerin“, sagte Erika Kronenberg und fügte hinzu. „Das das Schloss schön ist, haben wir gewusst – aber die Realität hat alle Erwartungen übertroffen.“

Foto: BundesForum



„Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland: Wirtschaftspotenzial und Entwicklungsmöglichkeiten auch für den ländlichen Raum“ – so lautete das Thema einer Konferenz des BundesForums Kinder und Jugendreisen e.V., für die der Landtag am 21. Oktober seinen Plenarsaal zur Verfügung gestellt hatte. Reisen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Tourismus, von dem allerdings die ländlichen Räume zu wenig profitieren. Die Konferenz führte Experten und Entscheider zusammen, um gute Beispiele und Erfolgsfaktoren vorzustellen, Möglichkeiten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen zu diskutieren und dauerhafte Netzwerke zu etablieren. Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück eröffnete die Konferenz mit einem Grußwort.

Foto: Landtag M-V



Im Rahmen der diesjährigen Summer School der Hochschule Neubrandenburg besuchten palästinensische und deutsche Studierende am 8. Oktober den Landtag. Beim Gespräch mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider interessierten sich die Studentinnen und Studenten aus Jerusalem, Hebron und Nablus u.a. für die aktuellen Themen der Landespolitik und den Umgang im Parlament mit der rechtsextremen NPD. Zum Programm gehörte natürlich auch ein Schlossrundgang. Die Summer School ist ein Schwerpunkt im deutsch-palästinensischen Kooperationsprojekt der FH Neubrandenburg mit vier palästinensischen Universitäten im Westjordanland. ▼